

## Ärzte überdenken das Referendum neu

**PATIENTENDATEN** Vor einigen Tagen haben die kantonalen Ärztesellschaften das Referendum zu den Patientendaten angekündigt. Gestern kam ihnen der Bundesrat entgegen. Ob die Ärzte nun weiterhin Unterschriften sammeln, ist noch offen.

Bundesrat Alain Berset machte gestern den Ärzten eine Zusicherung: Demnach soll die Gesetzesänderung zur Übermittlung von Patientendaten ausschliesslich für den stationären Bereich gelten. Das würde bedeuten, dass der Gesetzesartikel, wonach die Diagnosen und Behandlungen codiert aufzuführen sind, explizit nur für die Spitalrechnungen anzuwenden ist. Für die Rechnungen im ambulanten Bereich soll sich nichts ändern.

Mit dieser Zusicherung des Gesundheitsministers ergebe sich für die kantonalen Ärztesellschaften eine neue Ausgangslage, sagte gestern Vorstandsmittglied Urs Stoffel. Die Ärztesellschaften hatten vor einigen Tagen beschlossen, gegen die Ge-

### «Aufgrund der Zusicherung des Gesundheitsministers gehen wir noch einmal über die Bücher.»

Urs Stoffel

setzesänderung das Referendum zu ergreifen, wie Stoffel eine Meldung der «SonntagsZeitung» bestätigt. Bis zum 13. April hätten die Ärzte die nötigen 50 000 Unterschriften sammeln wollen und dabei die Unterstützung der Ärzterverbände FMH gehabt.

#### Beidseitiges Einlenken

Die Ärzte hatten befürchtet, dass von der im Dezember beschlossenen Änderung des Krankenversicherungsgesetzes nicht nur stationäre, sondern auch ambulante Rechnungen betroffen wären, der Gesetztext lässt dies offen. «Das würde zu weit gehen», sagt Stoffel.

Offenbar hat die Referendumsankündigung Wirkung gezeigt und aufseiten des Bundesrates das Entgegenkommen bewirkt. Die gestrige Zusicherung wiederum könnte die Ärzte von ihrem Protest abbringen: «Aufgrund der Zusicherung des Gesundheitsministers gehen wir noch einmal über die Bücher», sagte Urs Stoffel gestern Abend. Möglicherweise werden die Ärzte auf

das Referendum verzichten. Man werde heute die kantonalen Ärztesellschaften über die neueste Entwicklung informieren, so Stoffel.

Es wäre bereits das zweite Mal, dass auf das Referendum gegen die Gesetzesänderung verzichtet wird. Schon der Patientenverein Patienten.ch hatte im Dezember mit dem Referendum gedroht und vor dem gläsernen Patienten gewarnt. Der Verein hatte schliesslich aber auf das Referendum verzichtet, unter anderem deshalb, weil das Parlament in einem anderen Streitpunkt seinen Forderungen entgegengekommen war.

#### Entwurf in der Kommission

Das neue Gesetz wurde nötig, weil sich Spitäler und Krankenkassensicherer nicht einig wurden, welche Angaben auf der Rechnung gemacht werden sollen. Die Versicherungen stellten sich auf den Standpunkt, ohne Angaben zu Diagnosen und Behandlungen nicht möglich. Die Spitäler hingegen wollten diese Daten den Versicherungen nicht geben und argumentierten mit dem Datenschutz. Das Gesetz hält nun fest, dass die Diagnosen und Prozeduren codiert aufzuführen seien. In einer Verordnung soll die genaue Vorgehensweise geregelt werden. Ein Entwurf dazu wurde letzte Woche in der nationalrätlichen Gesundheitskommission besprochen. Demnach sollen die Spitäler die Diagnosen und Prozeduren dem Krankenversicherer verschlüsselt übermitteln. Zugang zu den personalisierten Daten soll nur der Vertrauensarzt haben. Man habe diesen Entwurf positiv aufgenommen, teilte die Kommission mit.

#### Kritik von beiden Seiten

Die Krankenversicherer hingegen, die letzten Herbst bereits zu einem ersten Entwurf Stellung nehmen konnten, sind kritisch: «Es ist zu befürchten, dass in der Zwischenzeit nicht viel geändert wurde», sagt Silvia Schütz vom Krankenkassendachverband Santésuisse. «Das wäre eine Katastrophe», so Schütz, denn wenn alle für die Rechnungskontrolle nötigen Daten über den Vertrauensarzt gehen sollten, werde die Rechnungskontrolle faktisch verunmöglicht. Auch der Spitalverband H+ hatte den ersten Entwurf als praxisfremd bezeichnet, allerdings aus ganz anderen Gründen. Dass medizinische Daten nur an den Vertrauensarzt gehen sollen, sei vernünftig, so H+. Eine systematische Übermittlung dieser Daten sei aber nicht notwendig. *Brigitte Walser*

ABSTIMMUNG INITIATIVE GEGEN UFERLOSEN ZWEITWOHNUNGSBAU

# Grindelwalds grosse Sorgen mit den kalten Betten

**Kalte Betten sind in Grindelwald allgegenwärtig. Einheimische überlassen das Dorf den Feriengästen und ziehen weg. Die Gemeinde versucht, Gegensteuer zu geben. Doch eines ist allen klar: Wer vom Tourismus lebt, kann keine heile Welt pflegen.**

Die krumme, kühle Bude reicht dem jungen Pärchen vollauf. Als Nachwuchs im Anzug war, begann die schwierige Suche nach einer geeigneten Wohnung in Grindelwald. Familie Seematter landete schliesslich nach einem unbefriedigenden Zwischenhalt auf 1200 Metern über Meer in einer engen Wohnung auf dem Enziboden. Als dort der Hang ins Haus rutschte, ging die Zeit in Grindelwald für Seematters definitiv zu Ende. Gabriela Seematter erinnert sich: «Damals war ich mit meinem kleinen Sohn allein zu Hause. In den Ferienwohnungen über und unter uns war niemand, wie meistens.» Seematters gaben 2003 den Kampf gegen die kalten Betten verloren. Sie wohnen heute in Matten bei Interlaken in einem schmucken Chalet.

In Grindelwald gab es für sie keinen geeigneten Platz. Zu klein, alt oder abgelegen und eigentlich immer teuer, ist Seematters Fazit. Für die letzte Wohnung musste die Familie sich ein Allradfahr-



Grindelwald früher: Eine lockere Streusiedlung.

Staatsarchiv des Kantons Bern

zeug zulegen. Etlischen Einheimischen geht es ähnlich. Wohnen in Grindelwald ist unerschwinglich geworden. Ob Lehrer, Polizisten, Post- und Gastgewerpersonal, sie alle wohnen mittlerweile in Nachbargemeinden.

In Grindelwald ist mehr als jede zweite Wohnung eine Ferienwohnung. Die Gemeinde schätzt den Anteil der Ferienwohnungen heute auf 60 Prozent, Tendenz immer noch steigend. Sie käme bei einer Annahme der Zweitwohnungsinitiative, über die am 11. März abgestimmt wird, noch stärker unter Zugzwang, als sie heute schon ist (siehe Kasten links).

#### Grindelwald gibt Gegensteuer

Doch es gibt wie immer die andere Seite. Seit die Gemeinde Gegensteuer gibt, sind einige Zweitwohnungsbesitzer unter Druck. 1990 führte Grindelwald die kantonalen Bestimmungen über den Erstwohnungsanteil (Ewap) ein. Sie verlangen, dass ein Drittel der Wohnungen einer Liegenschaft als Erstwohnungen verwendet werden müssen. Martin von Büren aus Bellach droht deshalb der Verlust seiner langjährigen Ferienwohnungen. Eine hat er schon

an Einheimische dauervermietet, bei der anderen will ihm die Gemeinde den Strom abstellen. Von Büren, seit 25 Jahren regelmässiger Feriengast in Grindelwald, mietete die Wohnungen 1999 und erwarb sie 2005. Er ging davon aus, dass die Nutzung weiterhin geduldet wird. Jetzt muss er handeln. Momentan steht die Wohnung leer.

#### Regeln wurden unterlaufen

Ginge es nach Adi Bohren, Präsident des 2007 gegründeten Vereins «gegen die masslose Überbauung», würde die Gemeinde durchgreifen. Doch «die zuständigen Leute» unternehmen zu wenig, kritisiert er. Zwar gebe es die Ewap, doch sie würden unterlaufen. 2008 flog auf, dass die Einträge im Grundbuch fehlten. Dann, erzählt Bohren, würden Auswärtige einfach kurzfristig ihre Schriften nach Grindelwald verlegen und nach dem Wohnkauf wieder abziehen.

Er kennt auch Fälle, in denen Einheimische Ewap-Wohnungen als Ferienwohnungen vermieten. Zuletzt stünden korrekt ausgewiesene Wohnungen für Einheimische leer, weil dies renta-



Grindelwald wurde ihnen zu teuer: Gabriela Seematter und ihre Familie zogen von ihrem Heimatdorf nach Matten bei Interlaken.

Markus Hübner

#### VON KALTEN UND WARMEN BETTEN

##### Was ist eine Zweitwohnung?

«Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» fordert die Initiative von Umweltschützer Franz Weber. Doch was ist eigentlich eine Zweitwohnung? In der Schweiz gibt es keine rechtliche Definition des Begriffs. Sollte die Initiative angenommen werden, müsste das Parlament den Begriff klar umreissen. Fachleute unterscheiden zwei Kategorien von Wohnungen, die nicht dauerhaft durch ihre Besitzer bewohnt werden:

• **Unbewirtschaftete Zweitwohnungen mit sogenannten kalten Betten:** Diese haben die Initianten gemäss eigenen Angaben im Fokus. Gemeint sind Wohnungen oder Häuser, die ihren Besitzern bloss für durchschnittlich 30 bis 40 Tage pro Jahr als Feriendomizil dienen und sonst leer stehen.

• **Bewirtschaftete Zweitwohnungen mit warmen Betten:** Das sind kommerziell vermietete und damit dauerhaft benutzte Objekte. Solche gibt es etwa in Ferienresorts, aber natürlich auch in ganz normalen Häusern.

Laut den Initianten soll diese Parahotellerie vom Volksbegehren nicht betroffen sein, weil sie im Gegensatz zu den kalten Betten eine beträchtliche Wertschöpfung generiert.

##### Wie viele Zweitwohnungen gibt es heute in der Schweiz?

Die Initianten schätzen 600 000 – und meinen nur die unbewirtschafteten Zweitwohnungen; der Bundesrat schätzt 500 000 – und meint alle. Wer recht hat, lässt sich nur schwerlich sagen: Die letzten zuverlässigen Zahlen sind 12 Jahre alt und stammen von der Volkszählung im Jahr 2000: Damals wurden 420 000 «nur zeitweise bewohnte Wohnungen» gezählt. Bei der vorherigen Volkszählung 1980 waren es bloss 240 000.

Dass die Zahl seit dem Jahr 2000 erneut markant gestiegen ist, bestreitet niemand ernsthaft. So geht man in Grindelwald davon aus, dass der Anteil an Zweitwohnungen in den letzten 12 Jahren von 45 auf 60 Prozent gestiegen ist (siehe auch Haupttext). *azu*

bler sei: «Mit dem Verkauf der übrigen Wohnungen wurde genug Gewinn erwirtschaftet.»

##### Ruf nach Geld vom Kanton

Gemeindepräsident Emanuel Schläppi räumt Fehler ein, die vor seiner Zeit geschehen seien. «Bis jetzt fanden wir jedoch immer eine Lösung.» Die Gemeinde bemühe sich um Gerechtigkeit und habe etliche Fortschritte erzielt. Nötig wären einfach mehr Mittel vom Kanton. «Mittlerweile gibt es dank der Ewap-Regelung 300 für Ortsansässige reservierte Wohnungen, die zu fairen Preisen gekauft wurden oder gemietet werden», sagt er.

Ende Jahr sollen die Grindelwälder über eine Lenkungsabgabe befinden, ein weiteres Instrument im Kampf gegen den Wildwuchs. Dass es Missbrauch gibt, streitet Schläppi nicht ab. Vorab profitiert sicher das Baugewerbe, es kennt die Schlupflöcher.

Schläppi stellt fest: «Die ganze Geschichte um den Zweitwohnungsbaubau hat einen Keil in die Bevölkerung getrieben.» Diese stehe selber in der Pflicht: Wer die Zersiedelung bremsen wolle, dürfe künftig kein zusätzliches



Grindelwald heute: Ein eng bebauter Dorf.

Keystone

Bauland mehr einzonen, fordert er. Das eingezonte Land hingegen sei nicht zu retten. Da spiele halt der Markt. Und die Nachfrage bleibt hoch. Allein in den nächsten drei, vier Jahren sprächen über 30 Gebäude an fünf Standorten aus dem Boden.

##### Kläranlage für 25 000 Leute

Das sei «massloses Bauen», meint Bohren. «Wir leben nun mal vom Tourismus», hält Schläppi dagegen. Aber man müsse abwägen, wo die Gemeinde zulegen und wo sie zurückstecken soll. Grindelwald habe 4000 Einwohner, 8000 Betten in Zweitwohnungen, 2500 weitere in Hotels und bis zu 5000 Tagesgäste. «Unsere Kläranlage müssen wir auf 25 000 Leute ausrichten», folgert Schläppi. Dies, obwohl viele Fensterläden meistens geschlossen sind.

Die Zweitwohnungsinitiative würde das Problem für Schläppi jedoch nicht lösen. Sie sei in Grindelwald «schlicht nicht umsetzbar». Auch Bohren sieht in ihr

ein Problem. Die ganze Landschaft ist aufgefüllt.»

**11. MÄRZ**  
Abstimmungen

kein «Heilmittel». Lieber wäre ihm, wenn die Behörden die bestehenden Gesetze durchsetzen würden. Schläppi hört den Appell. Ob der von Bund und Kanton vor-

### «Die Diskussion um den Zweitwohnungsbaubau hat einen Keil in die Bevölkerung getrieben.»

Emanuel Schläppi  
Gemeindepräsident Grindelwald

geschlagene Weg ans Ziel führt, bezweifelt er jedoch. Nützlicher wäre, wenn der Kanton die Bevölkerung davon abhält, mehr Bauland einzuzonen.

Für die Familie Seematter kommt das langsame Erwärmen in Grindelwald zu spät. Sie fährt heute nur noch zum Skifahren hin oder um Verwandte zu besuchen. Gabriela Seematter fällt dann jeweils auf. «Von der ursprünglichen Streusiedlung ist nichts mehr übrig geblieben. Die ganze Landschaft ist aufgefüllt.»

Christoph Aebischer

## In Kürze

### KANTON GENÈVE Regierungsrat mit Barkeeper geeinigt

Der Genfer FDP-Regierungsrat Mark Müller hat sich mit dem Barkeeper, der ihn angezeigt hat, aussergerichtlich geeinigt. Müller gab zu, den Nachtclub-Angestellten in der Silvesternacht angegriffen zu haben. Im Gegenzug zog der Barmann seine Klage zurück. Müller habe anerkannt, dass der Barmann das Opfer sei, teilten die Anwälte Müllers und des Barmanns mit. Die Entschuldigung sei vom Nachtclub-Angestellten angenommen worden, der eine «Wiedergutmachung für die entstandenen Kosten» erhalten habe. *sda*

### KÄLTWELLE

### Eiskratzer gehen weg wie warme Semmeln

Die Kältewelle hat auch gute Seiten – zumindest für die Detailhändler. Der Absatz von Winterartikeln und Kälteausrüstung befindet sich im Höhenflug. Die Migros spricht von einer «sensationellen» vergangenen Woche. Auch die Verkaufszahlen von Coop zeigen den Effekt der Kälte auf den Absatz. Die Nachfrage für bestimmte Artikel sei um das Zehnfache gestiegen, so Sprecherin Denise Stadler. Insbesondere Auftausalz, Schneeschaufler und Eiskratzer erfreuen sich grosser Nachfrage. *sda*

### KANTON AARGAU

### Aufgabe für Berner Staatsanwältin

Der Aargauer Regierungsrat hat eine ausserkantonale Staatsanwältin eingesetzt, die einen tödlichen Autounfall untersuchen soll, in den eine Aargauer Staatsanwältin verwickelt war. Mit der Untersuchung wurde Sara Schölder von der Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland beauftragt. Nach einer Frontalkollision im Januar wurde ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eröffnet. Die beschuldigte Staatsanwältin wurde beim Unfall selbst verletzt und ist bis auf Weiteres arbeitsunfähig. *sda*

### HELLS ANGELS

### Beschwerde teils gutgeheissen

Das Bundesstrafgericht hat die Beschwerde eines Mitglieds der Hells Angels MC Zürich teilweise gutgeheissen. Die Bundesanwaltschaft muss ihm die Entscheidung um rund 8000 auf über 27 000 Franken erhöhen. Der Beschwerdeführer hatte weit mehr gefordert. Der Mann war 2004 wegen des Verdachts der Beteiligung an einer kriminellen Organisation festgenommen und für 41 Tage inhaftiert worden. Bei einer Razzia wurden bei ihm zahlreiche Waffen, fünf Harleys sowie zwei Luxusautos beschlagnahmt. 2011 wurde das Verfahren jedoch eingestellt. *sda*

### FEUERBRAND

### Streptomycin erlaubt

Weil kein besseres Mittel vorhanden ist, erlaubt das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) auch dieses Jahr den Einsatz von Streptomycin zur Bekämpfung von Feuerbrand. Ein Problem ist die zunehmende Resistenz, teilte das BLW mit. Man sei sich aber bewusst, dass 2011 bei einer beachtlichen Menge Honig der Toleranzwert für Streptomycin überschritten wurde. Die Imker wurden entschädigt. *sda/pd*

## SVP trifft Vereinbarung mit Bruno Zuppiger

**NATIONALRAT** Die Zürcher SVP-Leitung hat mit Nationalrat Bruno Zuppiger eine Abmachung zu dessen Zukunft getroffen.

Wird der Zürcher SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger angeklagt oder gibt es einen Strafbefehl gegen ihn, muss er aus dem Nationalrat zurücktreten. Diese Abmachung traf die Zürcher SVP-Leitung mit Zuppiger bei einem Gespräch. Der Hinwiler ist überzeugt von seiner Unschuld.

«Wir haben mit ihm eine Abmachung getroffen», bestätigte Alfred Heer, Präsident der Zürcher SVP, gestern eine Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung».

Zuppiger habe sich beim Gespräch am vergangenen Freitag damit einverstanden erklärt, sagte Heer. «Er will aber im Rahmen der Strafuntersuchung, die gegen ihn läuft, seine Unschuld beweisen.» Für Heer ist aber klar: «Es wäre das Beste gewesen, wenn er bereits bei Bekanntwerden der Strafuntersuchung zurückgetreten wäre. Wir anerkennen aber die Unschuldvermutung.» Die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich hatte im Januar gegen den Zürcher Nationalrat ein Strafverfahren wegen Veruntreuung und ungetreuer Geschäftsbesorgung eröffnet. Es geht dabei um eine mutmasslich zweckfremdete Erbschaft. *sda*

## UBS nannte Schweizer Konkurrenten

**KUNDENDATEN** Die UBS war verpflichtet gewesen, bekannt zu geben, zu welchen Banken ihre ehemaligen Kunden gewechselt haben.

Die US-Behörden wussten auch aus Dossiers der Grossbank UBS, welche Finanzinstitute UBS-Kunden aus den USA übernommen hatten. Die Grossbank musste diese Informationen im Amtshilfeverfahren den Schweizer Behörden liefern. Diese gaben sie an die USA weiter.

Die UBS bestätigte einen entsprechenden Vorabbericht der «Handelszeitung» von heute Donnerstag. Die amerikanischen Ermittler haben damit für ihre Untersuchungen gegen Schwei-

zer Banken wie Wegelin, Julius Bär oder Basler Kantonalbank nicht nur auf Selbstanzeigen von US-Steuerbüroern zugegriffen. Vielmehr hätten die Behörden auch aus den Dossiers der UBS gewusst, welche Finanzinstitute Kunden der Schweizer Grossbank übernommen hatten, schreibt die Zeitung. Ihr lägen Dokumente vor, die zeigten, dass bei geschlossenen Konten die UBS-Dossiers jeweils die Angabe enthielten, an welches Institut die Gelder überwiesen worden waren.

#### Zur Information verpflichtet

Die US-Behörden hätten die UBS im Amtshilfeverfahren zu diesen Informationen verpflichtet, sag-

«Die UBS war verpflichtet, den Schweizer Behörden auch die Korrespondenz mit dem Kunden und die Schliessungsstrukturen zu liefern.»

UBS-Sprecher Serge Steiner

te UBS-Sprecher Serge Steiner der Nachrichtenagentur SDA. Ausserdem habe die UBS die Anordnungen der Schweizer Behörden befolgt.

#### Korrespondenz geliefert

«Sowohl unter der Verfügung der Finma als auch gemäss der Amtshilfeverfügung war die UBS verpflichtet, den Schweizer Behörden auch die Korrespondenz mit dem Kunden und die Schliessungsstrukturen zu liefern», sagte Steiner.

Gemäss der UBS waren diese Fakten aber bereits bekannt und wurden zusätzlich im Jahr 2011 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts öffentlich bestätigt. *sda*

## Wirtschaft zeigt sich widerstandsfähig

**ARBEITSLOSIGKEIT** Die Konjunktur habe sich nicht so stark wie erwartet abgeschwächt, sagt Dominique Babey vom Seco. Das zeigten die neusten Arbeitslosenzahlen.

In der Schweiz ist die Arbeitslosenquote im Januar gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent gestiegen. Dies teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern mit. Saisonbereinigt verharbt die Arbeitslosenquote bei 3,1 Prozent. Insgesamt waren Ende Januar 134 317 Personen bei Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, das sind 3655 mehr

als noch im Dezember. Im Vergleich zum Januar 2011 waren allerdings 14 467 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einem Rückgang von 9,7 Prozent.

«Die neusten Arbeitslosenzahlen zeigen, dass die Abschwächung der Konjunktur weniger stark ausgefallen ist als erwartet», sagte Dominique Babey, Stellvertretender Leiter der Direktion für Arbeit beim Seco. Auch die Konsequenzen des schwachen Euros spürten die Arbeitnehmenden in der Schweiz noch nicht voll.

Ob sich der Schweizer Arbeitsmarkt weiterhin stabil entwickeln werde, werde sich in den kommenden Monaten zeigen, sagte Ba-

ber. Die neuen Prognosen für das Jahr 2012 werden Mitte März veröffentlicht.

#### Mehr Kurzarbeit

Die Kurzarbeit zog im vergangenen November zwar an. In dem Monat waren 6357 Personen von der reduzierten Arbeitszeit betroffen, das waren 1245 Arbeitnehmende oder 24,4 Prozent mehr als im Oktober 2011. Die Anzahl der Betriebe, die Kurzarbeit einführen, stieg um 103 auf 562 Firmen. Insgesamt fielen so 328 613 Arbeitsstunden aus.

Im Vergleich zum November 2010 waren im November 2011 aber deutlich weniger Betriebe von Kurzarbeit betroffen: Damals hatte das Seco 393 320 Aus-

fallstunden registriert, aufgeteilt auf 727 Arbeitnehmende und 948 Firmen. Zahlen zur Kurzarbeit im Dezember 2011 und Januar 2012 sind noch nicht da.

#### Bernischer Arbeitsmarkt

Im Kanton Bern stieg die Zahl der Arbeitslosen im Januar 2012 gegenüber dem Vormonat um 128 auf 11 911 Personen an, wie gestern die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern mitteilte. Die stärkste Zunahme verzeichnete die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen (+98 auf 6927 Personen), gefolgt von den über 50-Jährigen (+45 auf 3010 Personen). In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen sank die

Zahl um –15 auf 1974 Personen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit war ein weiterer Rückgang festzustellen (Schüler und Studierende –13 auf 175 Personen, Lehrlinge –15 auf 156 Personen). Wie die Volkswirtschaftsdirektion weiter mitteilte, sank wegen der Wintersaison die Zahl der Arbeitslosen in den Tourismusgebieten des Berner Oberlandes. Dagegen stieg die Zahl im Baugewerbe erneut (+77 auf 1077 Personen). Eine Zunahme verzeichnete auch der Bereich Handel, Reparatur- und Autogewerbe (+51 auf 1550 Personen). Im Januar 2012 gingen 55 Gesuche zur Einführung von Kurzarbeit ein, die 739 Beschäftigte betrafen.

sda/pd